



Pressekonferenz | Donnerstag, 12. Jänner 2017

Heute vorsorgen für die Pflege von morgen

Land Vorarlberg legt Bedarfs- und Entwicklungsplanung der Pflegeheimplätze für die Jahre 2020 und 2025 vor

mit

Landesrätin Katharina Wiesflecker

(Sozialreferentin der Vorarlberger Landesregierung)

Bürgermeister Harald Köhlmeier

(Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes)

Heute vorsorgen für die Pflege von morgen

Land Vorarlberg legt Bedarfs- und Entwicklungsplanung der Pflegeheimplätze für die Jahre 2020 und 2025 vor

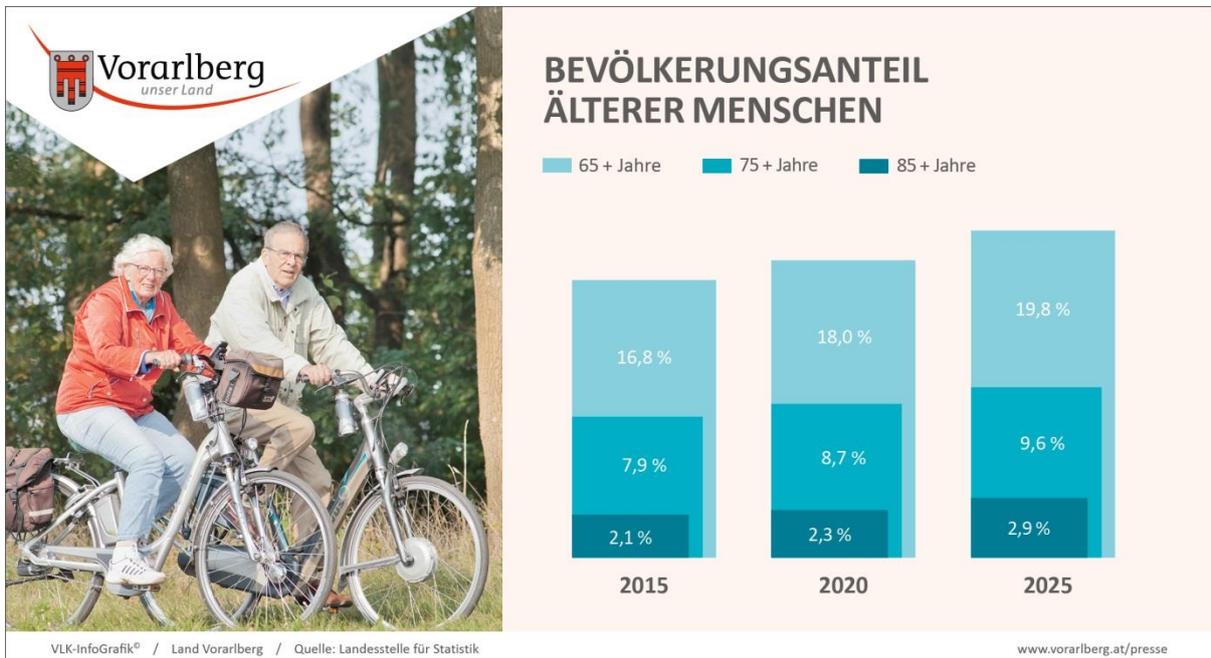
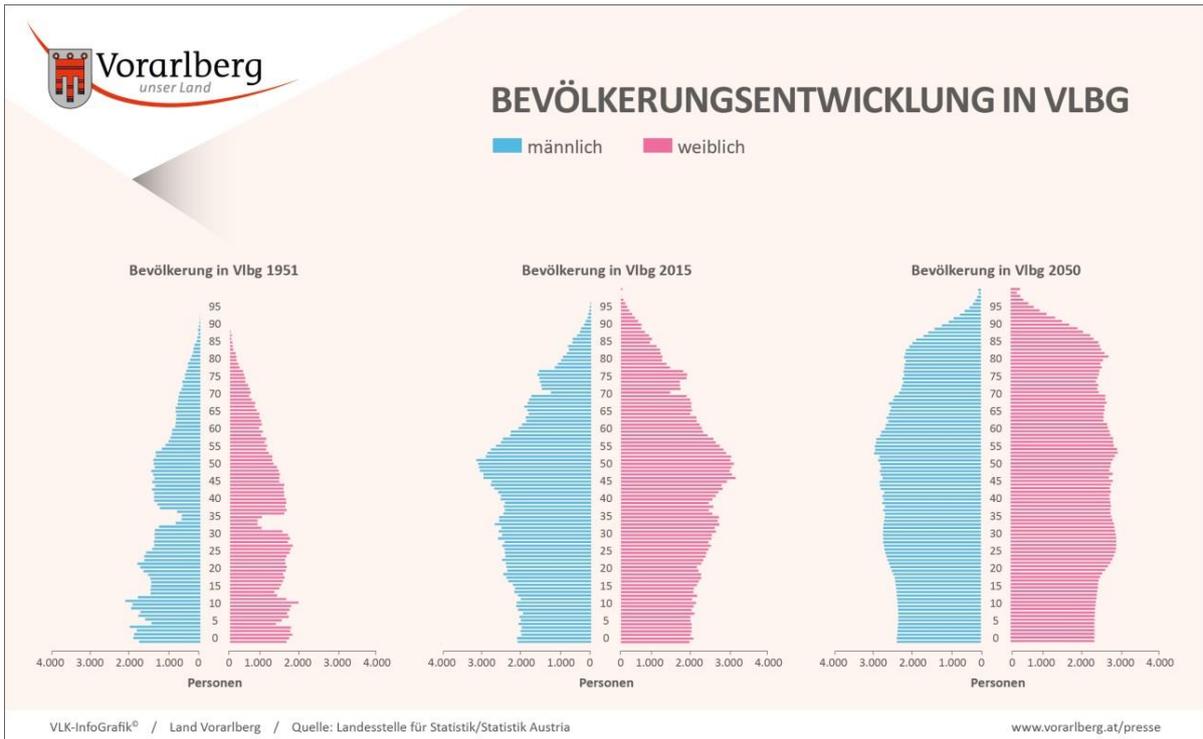
Die demografische Entwicklung spricht eine deutliche Sprache: Der Anteil älterer bzw. alter Menschen in der Gesellschaft wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen – und damit auch der Bedarf an Betreuungs- und Pflegekapazitäten. Um für diese Herausforderung gerüstet zu sein, legt das Land Vorarlberg nun einen Bericht vor, mit dem insbesondere die Zuständigen in den Gemeinden – die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – über den prognostizierten Bedarf an Pflegeheimplätzen für die Jahre 2020 bis 2025 informiert werden sollen. "Wir werden selbstverständlich am Prinzip 'So viel wie möglich ambulant, so viel wie nötig stationär' festhalten und wollen die dafür erforderlichen Ressourcen schaffen", sagt Soziallandesrätin Katharina Wiesflecker.

Ein detailliertes Wissen über die soziodemografische Zusammensetzung des Landes Vorarlberg ist die zentrale Grundlage für politisches Steuern und Handeln. Weiters sind Bedarfs- und Entwicklungsplanungen im aktuellen Strategiepapier Sozialfonds 2020 als Steuerungstool fest verankert. "Sie dienen als Grundlagen für Einschätzungen künftiger Entwicklungen und Bedarfe, sowie Mehrjahresplanungen, Produktentwicklungen und -evaluierungen. Diese sind mit den Entscheidungsträgern und Steuerungsgremien abgestimmt und dienen als Entscheidungsgrundlage", so Landesrätin Wiesflecker.

Bevölkerungsentwicklung: Immer mehr Menschen werden immer älter

Die Lebenserwartung ist in Österreich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Wer im Jahr 1950 den 75-sten Geburtstag feierte, kam im Schnitt auf 83 (Frauen) bzw. 82 Lebensjahre (Männer). Heute dürfen 75-Jährige damit rechnen, im Schnitt 88 (Frauen) bzw. 86 Jahre (Männer) alt zu werden. (Quelle: Statistik Austria, Sterbetafeln nach dem Geschlecht; Jahre 1950/52 und 2010/12)

Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass die Zahl älterer Menschen als auch ihr Anteil an der Bevölkerung weiter steigen wird.



Allein die Zahl der Hochbetagten (85 Jahre und älter) wird innerhalb von zehn Jahren um voraussichtlich fast 3.500 Menschen zunehmen, von 8180 im Jahr 2015 auf mehr als 11.600 im Jahr 2025.

Prognose des Bedarfs an Pflegeheimplätzen

Der aktuelle Bedarfs- und Entwicklungsplan für Pflegeheimplätze in Vorarlberg liegt vor. Berücksichtigt wird bei der aktuellen Prognose die Entwicklung der 24-Stunden-Betreuung. Außerdem werden bei der Abbildung landesweit prognostizierter Bedarfe regionale Ausprägungen mit berücksichtigt.

Der Bericht enthält folgende zentrale Aussagen:

- Der Bedarf an Pflegeheimplätzen für ältere Menschen in Pflegeheimen ist bis 2020 aus Vorarlberg-Gesamtsicht voraussichtlich gedeckt.

Das trifft aber nicht auf alle Landesteile in gleichem Maße zu. So ist damit zu rechnen, dass das Angebot an Pflegeheimplätzen in den Bezirken Bregenz, Dornbirn und in weiten Teilen des Bezirks Bludenz über dem prognostizierten Bedarf liegen wird. Im Bezirk Feldkirch wird das Angebot leicht unter dem prognostizierten Bedarf sein.

- Die längerfristige Prognose besagt, dass zwischen 2021 und 2025 ein Ausbaubedarf um ca. 125 Pflegeheimplätze entstehen wird.

Auch hier gibt es regionale Unterschiede: Für die dicht besiedelten Gebiete im Rheintal wird die Notwendigkeit eines bedarfsorientierten Ausbaus von Pflegeheimplätzen gesehen, während für die ländlichen Regionen – Bregenzerwald und Bezirk Bludenz – sogar eher eine Überversorgung prognostiziert wird.

Insgesamt steuert Vorarlberg darauf zu, dass in absehbarer Zukunft auf jeden Neuzugang in ein Pflegeheim ein Neuzugang in die 24-Stunden-Betreuung verzeichnet wird.

Prognose 24-Stunden-Betreuung

Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger entscheiden sich vermehrt für eine 24-Stunden-Betreuung: Vom Jahr 2015 auf 2016 betrug allein der Zuwachs rund zwölf Prozent.

Wie sich die Nachfrage der 24-Stunden-Betreuung weiter entwickelt, lässt sich zurzeit schwer vorhersagen. Es wurde zum Beispiel festgestellt, dass die Aufnahmen ins Pflegeheim zwischen 2015 und 2016 um weniger als drei Prozent zugenommen haben. D.h. durch die verstärkte Nachfrage nach 24-Stunden-Betreuung gibt es weniger Heimzugänge im Verhältnis zur Zunahme der älteren Bevölkerung.

Aus diesen Erkenntnissen ergibt sich die Notwendigkeit eines entsprechend seriösen Prognoseszenarios, das mit Hilfe eines regionsbezogenen Benchmarks entwickelt wurde. Jede der 19 Planungsregionen in Vorarlberg wird individuell betrachtet. Denn für einige Regionen wird für die 24-Stunden-Betreuung bereits eine "Sättigung" vermutet: Hier wird davon ausgegangen, dass in Relation zur Bevölkerungsentwicklung eine überproportionale Zunahme nicht mehr stattfinden

wird. In anderen Regionen hingegen wird mit einem weiteren Anstieg des Anteils der 24-Stunden-Betreuung gerechnet.

Landesrätin Wiesflecker will die Qualität in der 24h Betreuung sichern und weiter entwickeln und hat dafür eine Arbeitsgruppe eingerichtet. "Pflege und Betreuung funktioniert nur dann gut, wenn alle Beteiligten zufrieden sind und ein angemessenes Verhältnis gegeben ist zwischen dem, was die Kundin bzw. der Kunde bezahlt, was die Agentur bekommt und was die Betreuenden verdienen", betont Wiesflecker.

Die Arbeitsgruppe wird sich mit Maßnahmen zur Qualitätssicherung (z.B. laufende Schulungen für die Mitarbeitenden in der 24-Stunden-Betreuung) sowie mit arbeitsrechtlichen Inhalten (Knüpfen der Förderung der 24-Stunden-Betreuung an das Einhaltung eines Mindesttagsatzes; Einhaltung von Pausen während des Tages) beschäftigen. Gesetzlich wäre dies auf Bundesebene zu regeln.

Zusammenarbeit von Gemeinden beim Ausbau von Heimplätzen

Gemeindeverbandspräsident Harald Köhlmeier ist aufgrund dieser Vorhersagen überzeugt, dass die bestehenden Betreuungs- und Pflegestrukturen in Vorarlberg ein gutes Fundament darstellt, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen: "Es geht darum, nicht überall neue Heime zu bauen, sondern im Zuge anstehender Sanierungen oder Erweiterungen die bestehenden Kapazitäten auszubauen. Von großer Bedeutung sind und bleiben gemeindeübergreifende Kooperationen in den Regionen."

Prognose wird regelmäßig aktualisiert

Um bei den Ausbauplanungen jeweils auf aktuellem Stand zu sein, werden die Prognosen in regelmäßigen Abständen mit den neuesten Ist-Zahlen überprüft und entsprechend erneuert. Damit die notwendigen Daten und Angebote zeitgerecht zur Verfügung stehen, wurde mit dem Care Management des Landes in enger Abstimmung mit den Planungsregionen ein Monitoring aufgebaut. Das ermöglicht jetzt und für die Zukunft wissenschaftlich fundierte Prognosen auf der Basis von Informationen über sämtliche Bedarfe im Zusammenhang mit Betreuung und Pflege. Der nächste Bericht soll demnach schon im Jahr 2018 aufgelegt werden.

Factbox:

Zahl Pflegeheimplätze: rd. 2.380 in 51 Heimen
Anteil Bewohnerinnen und Bewohner im Pflegeheim: 70 Prozent Frauen, 30 Prozent Männer
Durchschnittsalter bei Eintritt ins Pflegeheim: rd. 81 Jahre
Anzahl Menschen mit 24-Stunden-Betreuung*: rd. 1.380
Anteil betreute Menschen in der 24-Stunden-Betreuung*: 75 Prozent Frauen, 25 Prozent Männer
Durchschnittsalter bei der Erstinanspruchnahme der 24-Stunden-Betreuung*: rd. 82 Jahre

* nach §21b BPGG geförderte Menschen

Fazit

Pflegebedürftige Menschen kommen später ins Heim und nehmen auch sehr spät eine 24-Stunden-Betreuung in Anspruch.

Viele Betreuungsarbeiten rund um die Pflege von älteren Menschen finden weiterhin im familiären und ehrenamtlichen Umfeld statt. Der Ausbau der ambulanten Dienste ist fachlich richtig, wichtig und sinnvoll und dient als Unterstützung für die zu Betreuenden, die Pflegenden und die Mitarbeitenden in der konkreten Arbeit.

Geriatrische Remobilisation im Pflegeheim

Die meisten Menschen wollen, sollte eine Pflegesituation eintreten, in der eigenen Wohnung gepflegt werden. Dies zu unterstützen ist Ziel des Landes. Bedarfsgerecht werden die Angebote in der Langzeitpflege ausgebaut. Mit der geriatrischen Remobilisation im Pflegeheim wird die nachgelagerte Versorgungsstruktur im Anschluss zur stationären Akutversorgung unterstützt.

Die "Übergangspflege" – als eine Form der Kurzzeitpflege –, die im stationären Langzeitbereich erbracht wird, ist eine etablierte Form der nachgelagerten Versorgungsstruktur. Das Ziel der Übergangspflege ist es, im Anschluss an einen stationären Aufenthalt im Krankenhaus, den Übergang in das häusliche Umfeld vorzubereiten und ein bedarfsgerechtes Betreuungs- und Pflegesetting aufzubauen.

Menschen mit einer neurologischen Erkrankung (Hirnblutung, Schlaganfall, Schädelhirntrauma) oder einer Sturzverletzung (z.B. Schenkelhalsfraktur) sind nach der Akutversorgung im Krankenhaus in hohem Ausmaß einer besonders belastenden Situation ausgesetzt. Diese Patientinnen/Patienten befinden sich in einer subakuten Phase der Erkrankung, die mit Immobilität, Pflegebedürftigkeit und Unselbständigkeit einhergeht.

Für diese geriatrischen Patientinnen/Patienten ist eine nachgelagerte bedarfsgerechte Versorgungsstruktur notwendig, welche die pflegerische, therapeutische und medizinische Versorgung verbindet. Bisher fand dies vor allem in der Remobilisation und Nachsorge der Krankenanstalten statt.

Um ältere bzw. alte Patientinnen/Patienten nach dem Krankenhausaufenthalt wieder auf eine weitgehend selbstbestimmte Lebensführung vorzubereiten und diese zu ermöglichen, wird das Projekt "Geriatrische Remobilisation im Pflegeheim" durchgeführt. Ziel ist es, die Verweildauer geriatrischer Patientinnen/Patienten im Krankenhaus zu verkürzen und unerwünschte Wiederaufnahmen zu vermeiden.

Das Pilotprojekt der geriatrischen Remobilisation wird noch im ersten Quartal 2017 in zwei Heimen – SeneCura Sozialzentrum Hard und Pflegeheim Nenzing – mit jeweils fünf Plätzen durchgeführt. Das Angebot ist zeitlich auf 28 Tage beschränkt. Die therapeutischen Leistungen

wie etwa die Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie sind ein wesentlicher Bestandteil und werden von der SMO – Neurologische Rehabilitation erbracht.

Die Aufnahme der Patientinnen/Patienten erfolgt über Zuweisung der entlassenden Fachabteilungen der Krankenhäuser. Das lokale bzw. regionale Case Management wird selbstverständlich bei Bedarf eingebunden.

Finanziert wird das Projekt mit Mitteln aus dem Sozialfonds, dem Landesgesundheitsfonds, der Vorarlberger Gebietskrankenkasse und durch die Kostenbeteiligung der Patientinnen/Patienten.

Für die Projektphase (2017-2018) sind rund zwei Millionen Euro eingerechnet worden. Die Betroffenen selbst haben einen Selbstbehalt von 18 Euro/Tag zu zahlen.

Das Projekt der geriatrischen Remobilisation und weitere innovative Angebote tragen dazu bei, die Vorarlberger Pflegeheime mit ihren engagierten Mitarbeitenden für die Zukunft zu rüsten. Ein modernes, leistungsfähiges Versorgungs-, Pflege- und Betreuungsnetz wird so sichergestellt.

Gemeindeverbandspräsident Harald Köhlmeier gratuliert zur Auswahl des Heimes in Hard für das Pilotprojekt: "Mit dem Betreiber Senecura – In der Wirke in Hard haben wir ein neues Haus mit sehr guter räumlicher Ausstattung. Es bietet einerseits die fachlichen Voraussetzungen für eine remobilisierende Betreuung und ist andererseits sehr gut als Standort in der Region geeignet, wo auch der Bedarf vorhanden ist."

Volkswirtschaftlicher Nutzen

Pflege kostet nicht nur Geld, sondern schafft auch einen sozialen Mehrwert. So wurde in einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien analysiert, dass jeder Euro, den die öffentliche Hand in die Pflege und Betreuung investiert, dreifach zurückkommt, und zwar in der Form, dass etwa pflegende Angehörige entlastet werden, dass Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. "Investitionen in die Pflege sind auch Investitionen in die Gesellschaft. Sie müssen als Teil der gesellschaftlichen und ökonomischen Wertschöpfung gesehen werden", resümiert Landesrätin Wiesflecker.